

S a t z u n g

über die Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes
"Hammerhalde" auf Teilflächen der Flurstücke Nr. 1310 und
6553 der Gemarkung Villingen

Aufgrund der §§ 1, 2, 8, 9, 10 und 13 des Bundesbaugesetzes i.d.F. vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), §§ 111 und 112 Abs. 2 Nr. 2 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg i.d.F. vom 20.06.1972 (Ges.Bl. S. 351) i.V. mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i.d.F. vom 22.12.1975 (Ges.Bl. 1976 S. 1) hat der Gemeinderat der Grossen Kreisstadt Villingen-Schwenningen am 24.01.1979, Niederschrift § 4, die Änderung des Bebauungsplans "Hammerhalde" im Bereich der Flurstücke Nr. 1310 und 6553 der Gemarkung Villingen als Satzung beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich des Bebauungsplanes

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes ergibt sich aus den zeichnerischen Festsetzungen im Bebauungsplan (§ 2 Abs. 1).

§ 2

Bestandteile des Bebauungsplanes

Der Bebauungsplan besteht aus dem Lageplan vom 24.05.1978 im Maßstab 1 : 1 000.

Die Bebauungsvorschriften und die Begründung zum rechtsverbindlichen Bebauungsplan "Hammerhalde" vom 05.09.1973 gelten für die Änderung entsprechend.

§ 3

Aufhebung seitheriger Festsetzungen

Im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes werden alle seither geltenden bebauungsplanmäßigen Festsetzungen, soweit sie den Planteil betreffen, aufgehoben.

§ 4

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 112 LBO handelt, wer den aufgrund von

§ 111 LBO ergangenen Bestandteilen dieser Satzung zuwider handelt.

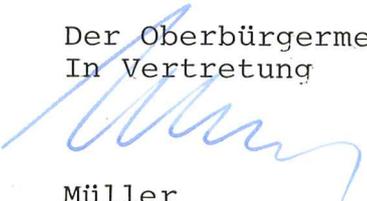
§ 5

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft. Der Bebauungsplan wird mit seiner Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Villingen-Schwenningen, den 24.01.1979

Der Oberbürgermeister
In Vertretung


Müller
Bürgermeister

